

Rainer Ferchland (Hrsg.):
**Sozialberichte: Was sie benennen
 und was sie verschweigen.**
 Studie des Institutes für Sozial-
 datenanalyse e.V. Berlin – isda.
 Texte der Rosa-Luxemburg-
 Stiftung 38, Karl Dietz Verlag
 Berlin 2007, 383 S. (19,90 €)

Der Band versammelt die Texte von 6 Autoren, die Soziologen oder Lesern von Sozialuntersuchungen schon aus anderen Publikationen mehr oder weniger gut bekannt sind. Es ist also vorauszuschicken, dass sich hier Sozialexperten äußern, lange Jahre mit der Materie vertraut, die sie behandeln. Das ist für das ganze Unternehmen bedeutsam, denn die Schwierigkeiten des Bandes liegen darin, nicht bloß über Sozialfakten zu berichten, was wegen ihrer enormen Weitläufigkeit und branchenüblichen Tiefengliederung schon seine Tücken hätte, sondern über Praktiken und ihre Ergebnisse zu informieren, wie mit der Sozialberichterstattung umgegangen wird, und wie sich das in einer dabei entstandenen internationalen Szene darstellt (Ländervergleiche wie die PISA-Studien, EU- und OECD-Statistiken, UNO-Daten, von den NGO-Einrichtungen gesammelte Fakten, amtliche deutsche Statistiken u. a.). Schließlich bedurfte es für die Fertigung des Bandes einer gut durchdachten Strategie: Sozialberichte sind – wenn sie denn ihren Zweck erfüllen – Aussagen über tausendundeinen Sachverhalt, das Produkt einer bestimmten empirisch-statistischen Darstellung, die Einbettung von Fakten in analoge Gegebenheiten, ihr Kontrast zu anderen, komplementären Erscheinungen oder einfach Ergebnisse des Vergleichs zwischen verschiedenen Regionen, Bevölkerungsgruppen oder ganzen Staaten.

Dazu sind zwei entscheidende Zustandsbewertungen zu bedenken: Die Skalierung von einer minimalen Ausprägung zu einer größtmöglichen und der Vergleich zwischen sinnvoll ausgewählten Einheiten. Das aber erfordert ein großes Quantum von Daten und deren Interpretation, was irgendwie auf Machbarkeit hin strukturiert werden muss. Damit nicht genug. Die Möglichkeiten, soziale Gegebenheiten

in empirisch-statistischen Daten darzustellen, sind faktisch unendlich. Um eine machbare Auswahl zu treffen, bedarf es einer Strategie der Berichterstattungen. Nichts ist einfacher, als sich oder andere in Daten zu ertränken. Und in der Tat hat sich in den Jahrzehnten der empirisch-statistischen Gesellschaftsanalyse so mancher Datenfriedhof gebildet, in welchem wertvolle Aussagen endgültig untergepflügt wurden oder in Vergessenheit gerieten, während Aussagen zu anderen wichtigen Erscheinungen fehlen. Zugleich gibt es Interessenlagen, die bestimmte Vorgänge im Dunkeln belassen oder mittels Daten ein erwünschtes, aber falsches Licht auf Sachlagen zu lenken. Fast jeder hat schon den Sarkasmus gehört, dass Churchill gesagt haben soll, ich glaube nur an Statistiken, die ich selbst gefälscht habe. Und nicht jede politische Option hat sich die realistische Logik der Hearings von National Science Foundation und US-Repräsentantenhaus zu eigen gemacht, die lautet, »die Probleme von heute sind die Krisen von morgen«. Sozialberichte: Was sie benennen, was sie verschweigen – ein weites Feld. – Mit diesen Erörterungen sind zugleich einige Kriterien genannt, nach denen wir die isda-Publikation rezensieren, d. h. kommentieren und bewerten wollen.

Die Autoren haben ihr Werk einleuchtend strukturiert: Es beginnt mit einem politischen Essay zu Grundfragen, Sinn, Zweck, Anspruch und Wirkung von Sozialberichterstattung, den der Herausgeber selbst zeichnet und auf den er etwa 30 Seiten verwendet. Darauf ist sogleich zurückzukommen. Der Hauptteil des Textkorpus, der mit »2. Diskussion ausgewählter Sozialberichte« überschrieben ist, (Autor ebenfalls R. Ferchland als Hrsg.) das etwa 50 Seiten umfaßt, stellt die von der Bundesregierung zu verantwortenden Sozialberichte vor und erörtert ihre Befunde und Defizite. Eingearbeitet und informativ kommentiert ist die spezielle Sozialberichterstattung zu den ostdeutschen Ländern, die von einem freitragenden Verein unter Prof. Gunnar Winkler (heute auch Präsident des Seniorenverbandes »Volkssolidarität«) geleistet wird, was uns eine gesonderte Betrachtung wert ist.

Mit ca. 180 Seiten stellen diese Abschnitte den Hauptinhalt des Werkes dar, zugleich wird deutlich, daß die tiefe Untergliederung in

10 Sachbereiche es unmöglich macht, sie alle gleichwertig zu durchmustern. Danach folgen, (2.2. bis 2.4.2) Einzelberichte zu speziellen Bevölkerungsgruppen, ausgewählte Lebensbereiche und zwei Berichte zu Berlin und dem Bundesland Brandenburg.

Wie bemerkt, die Autoren hinterfragen zunächst den Bedeutungsumfang von Berichten über Soziallagen. Was ihnen dabei wichtig ist, ist bemerkenswert. Es ist zunächst ein bestimmtes Politikverständnis, nämlich informiert zu sein über die Befindlichkeit der Staatsbürger als ein Aspekt der Redlichkeit von Politik, dem andere Ansichten, wie z. B. ein rücksichtsloses Eigeninteresse, krass entgegenstehen. Ferner: Die Struktur der Gesellschaft ist von starken Ungleichheiten der Soziallagen bestimmt (S. 11). Die politisch agierenden Kräfte eines Landes benötigen daher ein zuverlässiges Wissen über das Ausmaß und die Folgen der Ungleichheit, was auf die Begrifflichkeit der »sozialen Gerechtigkeit« hinausläuft. Diese jedoch ist schon umstritten: Neoliberale Intentionen postulieren, dass mehr soziale Gleichheit mehr Ungerechtigkeit bedeutet, weil (eine heute noch akute Position in großen Medien, woran die Autoren erinnern (S. 12) der »Vollkaskostaat«, womit die sozial-liberale Bundesrepublik früherer Jahrzehnte verunglimpft wird, diejenigen bevorzugen, die weniger Selbstverantwortung und Selbstvorsorge leisten. Ein paradoxer Camera-Obskura-Effekt: Soziale Ungleichheit als ein Indikator für eine gerechte Ordnung, weil sie mehr Freiheit und Gleichheit sichert, nämlich die Bevorzugung der Leistungsstarken. Oder auch: die Praxis des Gutsprech aus Orwells 1984. Schließlich, ad 3: Wissen über die Soziallagen der Gesellschaft ist eine Voraussetzung für Zuwachs an Demokratie, an Partizipation, an politischer Aktivität der Bürger (S. 13). Wichtigste Kriterien eines intakten Gemeinwesens. Alle Informationen über diese Dinge, die die Öffentlichkeit erreichen, wirken dabei in eine erwünschte oder eine gegenteilige Richtung, sind dabei weitgehend umstritten; das Wissen über Soziallagen ist daher immer eine brisante, von politischen Haltungen geprägte Einsicht, die mehr ist als ein bloßes Sachwissen. In einem Exkurs »Begriffliche Annäherung« finden die Autoren die anspruchsvollste Funktionsbestimmung von So-

zialberichterstattung beim Soziologen Wolfgang Zapf, dessen Kriterien »regelmäßig, rechtzeitig, systematisch und autonom zu informieren« (S. 16) sie zustimmen. Indes fügen sie weitere Bestimmungen hinzu, die einleuchtend kommentiert werden: umfassend, vergleichend, bewertend, ergebnisorientiert, verständlich und anwendungsrelevant (S. 24-28) – zugleich Qualitäten, die nicht leicht zu erlangen sind und oft defizitär bleiben. Wiederholt erörtern sie einen Hauptmangel: Den Daten fehlt oft eine integrative, komplementäre, übergreifende Behandlung, sie bleiben nach Sach- und Fachgebieten segmentiert und die gesellschaftlichen, politischen Akteure wissen zu wenig voneinander.

Mit diesen Positionsbestimmungen ist man gerüstet, die Informationsfonds der Sozialberichterstattung (SBE) direkt anzugehen. Auch hier sind zunächst Voraussetzungen zu beachten – SBE wurde als ein politischer Wissenskomplex erst möglich, nachdem zwei Erfindungen gemacht worden waren: Die Bestimmung von »Indikatoren«, also die Benennung von sozialen Zuständen, die zählbar und messbar sind und die Entwicklung von statistischen Prozeduren, die für die angezielten Aussagen eine Datenbasis schaffen (S. 17). Der Leser erfährt, welche von den Sozialwissenschaften betreuten, umfassenden, gesamtstaatlichen Erhebungen eingerichtet wurden (z. B. ALLBUS, SOEP, Datenreport des Statistischen Bundesamtes usw.) und unter welchen Voraussetzungen sie zwei wichtige Funktionen erfüllen: gesellschaftliche Selbstaufklärung und Politikberatung. Diese Quellen werden durch Verweise auf neuere Erhebungen und vergleichende Auswertung gesamteuropäischer Dimension (z. B. EU-SILC, EUROSTAT) ergänzt (S. 42-52). Hier tauchen dann erste Hinweise auf, dass im zeitlichen Längsschnitt sich verschiedene Soziallagen in der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich verschlechtert haben (S. 52). Da sich bei unterschiedlichen Themenlagen dieser Befund wiederholt, sich als grauer Faden durch viele Texte zieht, taucht für den Leser die Frage auf, warum sich Herausgeber und Autoren nicht entschlossen hatten, einen Fokus zu bilden und eine theoretisch-gesellschaftskritische Gesamtschau und prinzipielle Erklärung des Phänomens dafür

zu liefern, warum eines der wirtschaftlich potentesten und wohl auch reichsten Länder zugleich oft die prekärste Sozialdatenlage im Europa der 15 aufweist. (In Parenthese: die Autoren taten sehr gut daran, Europa immer doppelt einzubeziehen: In seiner heutigen Gesamtheit der 26 und in seinem Bestand bis 1990: das Europa der 15 modern entwickelten Staaten.) Was sich aufdrängt, ist die Perspektive und der Begriff einer »Umbruchssituation in der deutschen Gesellschaft« (S. 67), die sich aus einer mehrjährigen gemeinschaftlichen »Berichterstattung« von vier Instituten, offenbar unter Redaktion des SOFI-Göttingen, ergibt, ein Projekt der Sozialberichterstattung, das neue Akzente zu setzen bestrebt ist, indem aus übergreifenden theoretischen Postulaten Wirtschaft und »Lebensweise« in ihrem konstitutiven Zusammenhang bewertet werden. Allein die Akzentuierung der Sozialzusammenhänge als »Lebensweise« lässt aufmerken, eine eher selten verwandte Konstruktion, diffizile Soziallagen-Komplexe zu umschreiben. Sie wurde in der DDR-Soziologie stark präferiert und nach vielen Richtungen hin ausgearbeitet. (Vgl. Hans Bertram, Jutta Gysi 1997: Lebensweiseforschung in der DDR – Möglichkeiten und Grenzen; Perspektiven?, in: Hans Bertram (Hrsg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland. Schriftenreihe der KSPW, Bd. 23, Opladen 1997) Der Herausgeber folgte einer umsichtigen Entscheidung, auf die Analyse dieser Berichterstattung von SOFI et al. einige Seiten zu verwenden (S. 67-73). Man gelangt dadurch zu höchst dringlichen theoretisch-konzeptionellen Fragen und zu aktuellen Grundfragen der Abfassung und Nutzung von Sozialberichterstattung. Verdichten oder entkoppeln sich die Zusammenhänge von Wirtschaft und Soziallagen? Welche Rolle spielen Lebensweise, Verhaltens- und Interessenkonstellationen, sind sie bloß Resultate einer lahmen oder prosperierenden Wirtschaft – oder nicht doch, im Bourdieu'schen Sinne, ein belebendes Sozialkapital, das einen eigenständigen Einfluss auf die Wirtschaft hat?

Zum Thema übergreifende Perspektiven ist auch der Abschnitt über das oben erwähnte von Gunnar Winkler geleitete Unternehmen

»Sozialreports« des SFZ (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin) zu rechnen, dessen 12. Folge jetzt vorliegt. (Eine ausführliche Darstellung dieser Untersuchung, insbesondere ihrer 7. Folge [2001], vom Rezensenten ist nachlesbar im Deutschland Archiv, Heft 5/2002.) Obgleich das »Sozio-ökonomische Panel – Leben in Deutschland« des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (Dahlem) seit 1990 auch ein ostdeutsches Sample aufgenommen hat, ist die Sozialberichterstattung über die Population der Ostdeutschen sowohl aktuell defizitär, wie auch die zeitgeschichtliche Entwicklung ihrer besonderen Soziallagen meist nicht erörtert wird und so weithin unbekannt ist. Die jährlichen aktuellen empirischen Befragungen des Winklerschen Instituts füllten hier eine empfindliche Lücke, denn bei der Betrachtung der deutschen Verhältnisse kann eine solch große sozialstrukturelle Gliederung, wie die (ursprünglich 18, jetzt ca. 15 Millionen) Bewohner der sogenannten neuen Bundesländer nicht ausgelassen werden. Die SFZ-Sozialreports der ostdeutschen Länder gewinnen ihre Originalität nicht nur aus der Eigenart ihres Samples und der jeweilig aktuellen empirischen Grundlage, sondern auch aus einer konzeptionellen Besonderheit, mit der sie Daten der amtlichen Statistik, spezielle Daten der Erhebung und die subjektive Bewertung der Indikatoren (Zufriedenheit, Befürchtungen, Erwartungen) in Zusammenhang bringen. Der Autor dieses Abschnitts, Ferchland, kann auf Grund seiner detaillierten Kenntnis der Berichte versichern, dass jede Vereinfachung der Problematik vermieden wird: Weder werden unsachgemäße Bezüge zur DDR-Vergangenheit hergestellt, noch falsche Vergleiche mit den westlichen Ländern bedient. Bewertet wird der Verlauf der Entwicklung von 15 Jahren deutscher Einheit und die dabei aufgetretenen Defizite an existenzieller Konsistenz (z. B. die Verfestigung der hohen Erwerbslosenquote, die anhaltende Zukunftsungewissheit und der Fortgang der Westmigration, der zu immer mehr sozial erodierten Regionen führt). Es ist sicher ein Vorzug des Buches, dass die Autoren sich nicht davon abbringen ließen, die deutsche Sozialgeschichte als eine Einheit zu sehen und Fakten beibringen (z. B. beim Thema Fertilität, Geburtenrate), die die

Situation in der DDR-Bevölkerung einbeziehen.

Mit großer Intensität sind dann auf einem relativ engem Raum zahlreiche Befunde von Sozialberichten ausgebreitet, die das Buch auf überraschende Weise, möchte man sagen, lesenswert machen, d. h. ständig Impulse vermittelt zum Weiterlesen, nämlich als eine Zusammenfassung wichtiger und wichtigster Fragen und Probleme der Zeit. Es entstand dabei etwas wie ein Kompendium aktueller Problemlagen, auch dazu, wie sie sich entwickelten, Informationen, auf die man länger zurückgreifen kann als auf einzelne Daten, wie sie die Medien häufig anbieten. Und die man nicht so leicht zusammenträgt, wenn man denn an einem weiten Blickwinkel interessiert ist.

Mit dem Abschnitt (2.1.5., S. 74 ff.) »Armut- und Reichtumsberichterstattung« beginnt der Band die Reihe einzelner Sachfragen, die sich über 10 Kapitel und 240 Seiten erstrecken, eine Daten(sekundär)analyse im Sinne des Gesamtkonzepts der Unternehmung, die hier nur sehr selektiv erörtert werden kann. Der Schlüsselsatz dieser Erörterungen ist wohl der, man könne »davon ausgehen (...), dass zum einen über die verdeckte Armut mehr bekannt ist als über den verdeckten Reichtum. Zum anderen dürfte die Dunkelziffer des Reichtums die der Armut weit übersteigen« (S. 85). In dem dazu angelegten Kapitel wird dieser Satz vorgreifend verifiziert, denn in der Tat hat die »Armutberichterstattung«, nach anfänglichem Widerstand durch konservative Kreise, an Umfang und Vollständigkeit bedeutend zugenommen, wobei es aber weniger um Aufklärung über Ursachen und ökonomisch-politische Bedingungen geht, schon gar nicht um die wechselseitige Bedingtheit von Armut und sozialem Reichtum, sondern um Wirkzusammenhänge, Folgen und Gefahren für Wertebestand und Qualität der Gesellschaft: Bildungsdefizite, Vandalismus, Gewaltneigung, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalisierung, Frauenarmut, Kinderarmut (und deren Folgen), Gesundheitsdefizite, fehlende Partizipation, also Defizite im Demokratieverständnis. Das Resümee des Autors ist hier, der eigentliche Skandal bestehe nicht im reinen Fehlen von Einsichten über Ungleichheit von Einkommen und Exis-

tenzressourcen als gesellschaftliches Gebrechen, sondern dass aus den vorhandenen Einsichten keine wirksamen politischen Entscheidungen abgeleitet wurden.

Es war vorauszusehen, dass diese strukturelle Grundbefindlichkeit moderner Gesellschaften, das breite, vielgestaltige Spektrum einkommensbedingter Ungleichheit, sich durch die anderen Themen der Sozialberichterstattung hindurchziehen wird: Kinder, Alter, Frauen, Familien, Migranten, Bildung, Gesundheit, Partizipation – dies nur in Stichworten, die Texte indes formulieren die jeweilige Thematik und ihre sozial-statistische und praktisch-politische Einordnung wissenschaftlich sorgfältig. Dabei konnte man Gefahr laufen, aus dem richtig gedeuteten Hauptzusammenhang (Einkommensungleichheit) Vereinfachungen und Fehlbewertungen abzuleiten. Soziale Ungleichheit nämlich bedingt sich multifaktoriell. Das allerdings wissen die Autoren sehr gut – und so sind sie solchen Schieflichkeiten nicht aufgesessen. Bleibt also zu fragen – was zugleich eine Frage nach ihrem wissenschaftlich-theoretischen Format ist –, wie vielgestaltig deuten sie die Probleme, und welche Faktoren ihrer Verursachung machen sie geltend?

1. Kinder und Jugendliche, Autorin: Ursula Schröter (S. 88-114). Als Ausgangspunkt wählt sie die »Entdeckung der Lebensphase Kindheit« als ein Vorgang im 20. Jahrhundert (Ellen Key: »Jahrhundert des Kindes«) – und zwar in der Reihenfolge: ihre psychologischen, soziologischen, ökonomischen Besonderheiten. Man hätte auch eine »pädagogische Entdeckung« vorschalten können: Pestalozzi – die allerdings ins 18. Jahrhundert fällt, ein Derivat der Aufklärung. Später ergänzt sie, die gesellschaftliche Moderne habe, »die ehemals kurze Spanne des Übergangs vom Kind zum Erwachsenen« zu einem eigenständigen Lebensabschnitt von 15 oder 20 Jahren weiterentwickelt (S. 112). Auch wenn wir bei maximal 15 Jahren bleiben (10. bis 25. Lebensjahr) ergibt sich ein Sonderproblem sozialer Befindlichkeit, das nach der Anzahl der Betroffenen und seine Tragweite überaus brisant ist und an Dramatik weiter zunimmt. Frau Schröters Ansatz, und wie sie die Headlines der »Kinderreports« (S. 90) durchgeht, lassen sich dahin gehend verallgemeinern: Sie sind Er-

gebnis und Ausdruck eines tieferen Verständnisses des Human Beings, wachsender Verantwortlichkeit und des Versuches, die mannigfachen Defizite in Staat und Gesellschaft dabei zu benennen und zu überwinden. Das allerdings stößt, so zeigt sie eindrucksvoll, auf Barrieren: die staatliche Maschinerie arbeitet langsam, die zahlreichen kritischen Befunde der regional, thematisch und in der Reichweite (bis zur UNO-Ebene) sich diversifizierenden Berichte, die Erkenntnisse der dafür eingesetzten kompetenten Kommissionen usw. umzusetzen. Außer zahlreichen Vorurteilen und Vorbehalten – und auch purer Unkenntnis in Ämtern – wirken die Verhältnisse selbst kinderfeindlich: Verhältnisse, wie sie sich im Leben sozialer Problemgruppen ergeben – Krankheiten (auch psychische), Alkoholismus, Kriminalität, Bildungsdefizite bei den Eltern, Arbeitslosigkeit, Einkommensminderung, Nichtintegration ethnischer oder religiöser Gruppen, Rassismus, Umbildung der Familienstruktur, Vaterlosigkeit. Die Diskriminierung von Gruppen von Kindern setzt sich fort: gegen Mädchen gerichtete Vorurteile und dysfunktionale Strukturen im Volksbildungswesen (z. B. fehlende Integration von Kindern in sogenannten bildungsfernen Familien, im Bildungswesen vernachlässigte, ausgedünnte Regionen). Die Wirkung ist, dass bestimmte Sozialmaßnahmen die Kinder nicht erreichen und/oder, was typischer ist, die Mittel zur Überwindung der Kinderfeindlichkeit, von defizitären Verhältnissen unzureichend sind. Trotz gewisser Sozialhilfemaßnahmen sind die Folgen der Armut in bestimmten Bevölkerungskreisen und die daraus erwachsende Kinderarmut nicht im Abflauen, im Gegenteil, sie verschärfen sich. Die soziale Dominante Reichtum – Armut jedoch würde, könnte man sie durch kühne, weitsichtige Reformen abschwächen, die prekären Probleme von Kindern und Jugendlichen nicht beseitigen, denn sie entstammen nicht nur diesem Phänomen sozialer Verwerfungen, aber es würde ihnen Bedeutendes an Schärfe nehmen und die Zukunft von Hunderttausenden junger Menschen erfreulich aufhellen.

2. Alter, Autor: Dieter Zahn (S. 115-134). Dieser Abschnitt thematisiert einen ebenso oft wie unbefriedigend erörterten Effekt der Moderne: Durch die zunehmende Markt-Geldab-

hängigkeit allen gesellschaftlichen Agierens geraten Kinder, Kranke und Alte als kaum produktive und weithin sozialhilfeabhängige Bevölkerungsgruppen, mehr und mehr in defizitäre Bereiche (Altersarmut, Kinderarmut). Zugleich verringert sich der Anteil junger, von Vitalität geprägter Menschen. Die Gesellschaft altert (S. 121), womit sich Unterhaltsaufwendungen und z. B. auch der Anteil kostspieliger Krankenbehandlungen erhöhen. Eine Entwicklung, die das Wirtschaftswachstum belastet – und die sich negativ auf andere gesellschaftliche Bereiche auswirkt: Einschnitte in die Bildungsaufwendungen, Benachteiligung der Kultur- und Bildungssysteme, höhere Arbeitslosigkeit, Einschnitte in die Kranken- und Rehabilitationsversorgung, bis hin zu ganzen Regionen, die durch diese Bevölkerungsumschichtungen (die auch die Abwanderung aus ländlichen und kleinstädtischen Räumen und von Fachkräften antreibt) eine soziale Erosion erfahren. Die Infrastruktur (Post, Bahn, medizinische Versorgung, Kultureinrichtungen und v. a. m.) wird ausgedünnt. Der Autor Zahn würdigt die bislang vorliegenden fünf Altenberichte der Bundesregierung, muss jedoch auf zahlreiche Defizite verweisen, die sich durch die unzureichende wissenschaftliche Erforschung dieser Probleme ergeben, wozu nicht zuletzt das Wissen darüber gehört, welche kulturellen und wirtschaftlichen Stärken das Alter auszeichnen (S. 131).

Weitaus besser ist der Informationsstand zum 3. Thema »Frauen, Geschlechterverhältnis«, an den Erörterungen zu 4. »Familien« anschließen, beide Abschnitte wiederum von Ursula Schröter. Hier gibt es eine intensivere Datenlage nicht zuletzt wegen des langen Diskurses und zahlreicher Forschungen, die zu vielen Aspekten des Gender Mainstreaming und emanzipatorischer Frauenbestrebungen seit Jahrzehnten ingang sind. Dennoch sieht die Autorin Veranlassung, mehrfach auf das deutliche Desinteresse der Regierung und auf eine unzureichende Öffentlichkeit der Daten zu verweisen (S. 166 f.). Und auf Mängel in der theoretischen Durchdringung, Marktwirtschaftlichkeit geht noch immer einher mit der Benachteiligung von Frauen beim Einkommen und in der beruflichen und sozialen Position. Denn: »Kapitalismus funktioniert nur

zusammen mit Patriarchat« (S. 171). Aber: »Patriarchat funktioniert auch ohne Kapitalismus« (S. 172). Hier finden sich, führt sie aus, (vermeidbare) Wissenslücken sowohl über das Verhältnis von Gesellschafts- und Geschlechterverhältnissen wie auch über die Situation der ostdeutschen Frauen (mit DDR-Sozialisation) (S. 178). Insgesamt ergibt sich aus den umfangreichen Sozialberichten der Eindruck, dass die soziale Situation von Frauen und Familien nicht nur im Umbruch ist, sondern schwieriger wird, eventuell krisenhaft. Und dass sich eine bedenkliche Hilflosigkeit der Gesellschaft ihnen gegenüber abzeichnet. Die Autorin moniert ein durchgehendes Charakteristikum der an sich umfangreichen bundesdeutschen Berichterstattung, dass Vergleiche mit Ländern bzw. Verhältnissen, die weitaus günstiger lagen bzw. liegen (z. B. in Skandinavien und in der Sozialgeschichte der Ostdeutschen), umgangen werden.

Das ist auch bedenklich mit Blick auf die Migrantinnen-Migranten-Situation, die Wilfried Barthel anschließt und deren Dramatik wir nur mit zwei Bemerkungen streifen wollen: Zum einen setzen sich die Schwierigkeiten, sie in die bundesdeutsche Gesellschaft zu integrieren, auf vielfältige Weise fort, zum anderen ist man sich des Umfangs der Problemlage nicht recht bewusst, die sich allein daraus ergibt, dass seit 1950 ca. 20 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik von aus dem Ausland Zugewanderten (15,3 Millionen) bestehen. Mit weiteren 18 Millionen Deutschen mit DDR-Sozialisierung haben wir es nochmals mit 22 Prozent Einwohnern zu tun, die aus der Sozialgeschichte der Bundesrepublik mehr oder weniger weit herausfallen und die die Gesellschaft mit Integrationsschwierigkeiten konfrontieren, zusammen über 40 Prozent der heutigen Bewohner, die (bzw. deren Probleme) von der amtlichen Sozialberichterstattung qualitativ nur unzureichend erfasst werden. Mehrfach muss von den Autoren moniert werden, dass der Rahmen der Reflexion von Sozialgeschichte sich auf die Bundesrepublik in ihrem Bestand 1949 bis 1990 beschränkt.

Mit dem beträchtlichen Anteil von ca. 150 Seiten (etwa 40 Prozent des Werkes – S. 221-369) wenden sich Autoren und Herausgeber »Ausgewählten Lebensbereichen« und speziellen regionalen Problemen (Berlin und

Bundesland Brandenburg) zu. Damit geraten solche existenziellen Gegebenheiten wie Bildung, Berufsbildung, Gesundheit und Partizipation (an der demokratischen Grundverfassung der Gesellschaft) in eine kritische Bewertung. Nichts hat wohl die öffentliche Aufmerksamkeit in den letzten Jahren so mobilisiert, wie die Daten des PISA-Bildungs-Reports, nicht einmal die Armutsberichte. Die Deutschen, die über viele Jahrzehnte erfolgreiche Nation mit international führenden Leistungen und Standards auf den Gebieten Wissenschaft, Bildung, Literatur und Ästhetik als die nunmehr international Schlechtplatzierten im Bildungsformat ihrer Jugend ausgewiesen. Die Autorin zu diesem Fokus, Renate Ulrich, hat die dankbare Aufgabe – und erfüllt sie beeindruckend – dieses nationale Trauma und seine Zusammenhänge auszuleuchten und die verschiedenen Aspekte der Hilflosigkeit zu betrachten, mit denen bislang die Politik in Deutschland darauf reagiert hat (z. B. mit einer der Sache kaum dienlichen Neufassung der föderativen Grundlagen der Bundesrepublik), wenn auch zu konstatieren ist, dass nicht die Situation der Schulen, so doch die Bildungsberichterstattung bei der Analyse der sozialen und finanziellen Verursachungen bedeutende Fortschritte gemacht hat, (S. 224, 227) allerdings mit gravierenden Ausnahmen (vgl. S. 245). Bei allen durch den wachsenden öffentlichen Druck erzielten Fortschritten, die wichtigste Ursache der in Deutschland beobachteten Unterschreitung der OECD-Bildungsstandards ist, so Frau Ulrich, noch nicht angegangen: die soziale Benachteiligung noch vertiefende Gliederung der Schultypen (S. 260).

Die Bildungsdefizite, was Rainer Ferchland ausführt, setzen sich fort in der beruflichen Bildung, wo er von einer desolaten Situation spricht (S. 265). Bemerkenswert ist hier, dass sich alte Defizite fortsetzen: die Benachteiligung von Mädchen, die fortwirkenden Strukturschwächen im Primärbereich der Bildung und die auf wirtschaftliche Unterentwicklung beruhenden Negativsalden in den neuen Bundesländern (Nur die Hälfte der ausbildungsberechtigten Betriebe nimmt hier ihre Aufgabe wahr – im Westen 73 Prozent.) (S. 269). Damit kann die instruktive, problemhaltige Menge an statistischen Belegen, die Ferchland

anbietet, allerdings nur angedeutet werden. Gleiches ist von seinem Beitrag »Gesundheit« (S. 272-289) festzustellen, dessen Berichtssystem er die Bewertung voranstellt, dass zwar trotz einer langen Liste von Datenangeboten noch manche Probleme unausgeleuchtet sind, jedoch kein genereller Mangel an Informationen besteht (S. 272). Von großem Interesse sind einige begriffliche Abklärungen zu »Gesundheit« bzw. »Krankheit«, die der Autor vornimmt (S. 274). Das setzt sich dann fort mit dem »subjektiven Gesundheitsbefinden«, das nach Lebensalter, sozialer Lage, Arbeitssituation, Gesundheitsverhalten, Versorgung im Krankheitsfall usw. erheblich different ist. Die gesundheitliche Lage selbst hat sich in der Bundesrepublik stetig verbessert, und die Krankenstände 2005 einen Rekordtiefstand erreicht (S. 277), resümiert Ferchland, moniert jedoch, dass sich keine expliziten Aussagen zu den 7,3 Millionen Nichtdeutschen vorfinden und keine entsprechenden Daten zu Verstorbenen existieren. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Bestehen einer »gesundheitlichen Ungleichheit« zunehmend an Bedeutung, stellt sich doch heraus, dass die schon bekannten sozialen Ungleichheiten an Besitz, Einkommen, beruflicher Status und Sicherheit, nach Alter, Geschlecht und Arbeitssituation u. a., sich auch im objektiven und subjektiven Gesundheitsbefinden auswirken. Wachsende Bedeutung erhielten auch kollaterale Wirkungen von Moderne und Umwelt auf den Menschen, darunter auch ein schichtspezifischer Informationsmangel. Hierzu vermerkt der Autor einen erheblichen Mangel an Forschungsergebnissen (S. 287). Zunehmend, finanziell und infrastrukturell bedingt, äußert sich »Versorgungsungleichheit« (S. 282). Eine Gesellschaft, die zahllose Zustände sozialen Unrechts und Ungleichheit toleriert, meint der Autor, kann schwerlich eine volle gesundheitliche Chancengleichheit verwirklichen; in welche Richtung sich dabei die kürzlich durchgeführte Reorganisation der finanziellen und ökonomischen Regelungen im Gesundheitssystem auswirkten – »dazu fehlt die Forschungsbasis« (S. 287). »Armut macht krank«, resümiert er, aber es gilt auch die Umkehrung: »Krankheit macht arm« (S. 288). Dies könnte das Generalthema eines nächsten Berichts sein – und einer lebhaften Reaktion

und Diskussion in den betroffenen Interessenvertretungen.

Mit dem Abschnitt »Partizipation« – wiederum Renate Ullrich – folgen Autoren und Herausgeber einer internationalen Initiative (die UNO 2001: »Internationales Jahr des Freiwilligen«; S. 290) ebenso wie einem weltweit spürbar gewordenen politischen Bedarf. Auch der Bundestag reagierte auf diese Unternehmung und verabschiedete 2002 eine Enquete-Studie »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« (S. 296).

In der ganzen Geschichte der menschlichen Zivilisation – aber auch heute, in einer demokratischen Gesellschaft, deren ökonomische Grundlage die Kapitalverwertung ist, stellen sich die Frage und das Problem der »Chancen, der Fähigkeiten und des Willens aller Bürger/innen (...) zum bürgerschaftlichen Engagement« (S. 291). Jene Forderung von Immanuel Kant, die wohl am ehesten durch Karl Marx populär geworden ist: wie es zu richten sei, »daß die Freiheit jedes Einzelnen zur Bedingung der Freiheit aller« wird. Und die sich verwirklicht, fügen wir hinzu, indem sie aktiv gelebt wird. Hier liegen die Schwierigkeiten, denn der pure Tatbestand der sozialen Ungleichheit an Existenzmitteln und an Bildung bewirken Barrieren und Einschränkungen an eben jenem Recht und Chance der Teilhabe, was sich schließlich auch als Gleichgültigkeit und Verweigerung von Teilhabe niederschlägt. Ein großes Menschheitsthema, ein Grundthema des Menschen in seinem sozialen Sein. Ebenso philosophisch, soziologisch wie politologisch bestimmt. Zu groß für unsere Erörterung eines Sozialberichts Kapitels. Deshalb nur soviel, dass es verdienstvoll ist, die Bertelsmann-Initiative von 2004 (und die anderer zeitparalleler Publikationen, die prinzipiell weitergingen (z. B. Dietmar Dathe 2005 – vgl. S. 294) aufzugreifen und sie in einem Buch über Sozialberichte zu berücksichtigen. Der Abschnitt kann natürlich ein solches Weltproblem nicht umfassend behandeln; die Autorin löst ihre Aufgabe daher im Überblick über einige charakteristische Schwerpunkte, die sich aufdrängen: Bedeutung, Inhalte und Akteure des bürgerschaftlichen Engagements, Organisationsformen, Kriterien und Betroffene von Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken, Sammelpunkte für vorrangige

und rasche Förderinitiativen: für Zuwanderer nichtdeutscher Herkunft, zur Beendigung der Zurücksetzung von Mädchen und Frauen, von Kindern und Jugendlichen, Bildungsbenachteiligten, von Alten, Kranken und Behinderten. Umsichtige Förderung von wichtigen Initiativen: wissenschaftlicher, kultureller, sportlicher Art, Verbesserung von Lebens- und Wohnqualität, dies finanziell und im kommunalen und staatlichen Verwaltungshandeln. Ein deutsches Sonderproblem ist die Umgestaltung der aus DDR-Verhältnissen stammenden gemeinnützigen und bürgerschaftlichen Vereinigungen und Verbände, wofür Beispiele beigebracht werden, z. B. kirchliche Gemeinschaften, Rotes Kreuz, Kleingartenvereine, Sportverbände und die Großorganisation der Volkssolidarität. Frau Ullrich beschließt ihren Text mit der Forderung, diese Themen der Sozialberichterstattung auszubauen und durch wissenschaftliche Untersuchungen besser zu fundieren. Mehr war zunächst nicht zu leisten.

Drei Autoren – Ferchland, Zahn, Andrea Reimann – kommen zu Wort, um mit einem Abriss über Sozialberichterstattung in regionaler Geltung das Werk zu beschließen. Auch hier wird ein weites Feld beschränkt, das im gegebenen Rahmen nur knapp gewertet und sondiert werden kann, denn natürlich ist die regionale Vielfalt und Verschiedenheit der Deutschen gravierend und mit dem Region-Doppel Berlin-Brandenburg nicht annähernd auszuleuchten. Zugleich aber wird damit ein Schlaglicht auf zwei extreme Problemlagen geworfen: Berlin als größte deutsche Stadt (3,4 Millionen Einwohner) mit einer langen Geschichte als Großkommune und deutsche Reichshauptstadt mit extremen Soziallagen (und extremen Zerstörungen im 2. Weltkrieg) und einer besonders brisanten Situation der Spaltung und Wiedervereinigung. Brandenburg ein bevölkerungsschwaches Flächenland mit geringer urbaner Struktur, Industrielandschaften, die seit 1990 stark erodiert sind, Stadtsiedlungen in einem ländlichen Umfeld, die sich besonders dramatisch im sogenannten Berliner Speckgürtel begegnen, wo mit starken ökonomischen Begleiterscheinungen großstädtische und ländliche Lebensweise sich widerspruchsvoll durchdringen, was durch die Städtesymbiose Berlin-Potsdam noch verschärft wird. Das Zustandekommen

bzw. die Bilanz bisheriger Berichte und ihre Umsetzung in Politik und kommunalem Verwaltungshandeln wird von den Autoren sehr skeptisch beurteilt (S. 333 f.), so dass sie ihre Diktion weniger darauf anlegen, darüber zu berichten, als Vorschläge für die Verbesserung der Situation zu machen. Im Weiteren ergreift Ferchland das Wort und entwickelt, gestützt auf eigene Erfahrungen mit einem ministeriellen Projekt für ostdeutsche Kommunen, eine Modellberechnung, mit welcher schließlich ein hochkomplexer Vergleich aller Städte und Gemeinden des Landes Brandenburg möglich wird. Das setzt ihre multifaktorielle Typisierung (also Unterscheidung) voraus, denn nichts ist naheliegender, als falsche statistische Durchschnitte zu bilden, denen verheerende Fehleinschätzungen zu folgen pflegen. Zu berücksichtigen sind 420 Städte und Gemeinden (vgl. S. 370/371), deren Vergleich und bewertende Problemlagen der Autor mittels zwei statistischer Prozeduren detailliert bzw. informativ vorführt und auswertet; einer Faktor- und einer Clusteranalyse. Das nun ist schon kein bloßer Lesestoff mehr, der Interessierte muss sie schon gedanklich-rechnerisch mitvollziehen, wenn er Ferchlands Ergebnisse verstehen und deren Nutzen für die Kommunal-, Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik des Landes einsehen will. Für eine Projektnutzung in anderen Bundesländern sind die Hinweise hilfreich, die der Autor zum analog angelegten, jedoch deutschlandweit 2003 ausgeführten Projekt der Bertelsmann-Stiftung »Wegweiser demographischer Wandel 2020« folgen lässt. Zwar werden mit diesen Klassifizierungen hauptsächlich Bevölkerungsentwicklungen berücksichtigt, es ist jedoch einsichtig, dass es keine prinzipielle Begrenzung für die Anzahl der einbezogenen Sozialindikatoren gibt, so daß ein brauchbares Vorgehen für eine letztlich praktikable Anlage und Auswertung von komplexen Sozialberichterstattungen angeboten wird. Das Grundproblem, dem alle statistischen Erhebungen zu sozialen Verhältnissen und ihre Auswertung unterliegen, ist die Verknüpfung mit bzw. Zurückführung auf ursächliche und/oder korrelative Zusammenhänge. Davon ist bereits die bloße Datenerhebung und -übermittlung betroffen, wenn sie dem Anspruch auf Wesentlichkeit genügen soll. Dies wird von den Autoren an

zahllosen Problemlagen deutlich gemacht. Das Buch bietet eine Fülle von Anregungen und Einsichten, wie moderne Sozialberichterstattung vorgehen sollte, welche theoretischen Postulate zu berücksichtigen sind, welche weiterführenden Möglichkeiten erschlossen werden können, so, was die Autoren z. B. als Letztes hervorheben, sollten Materialien und Veranstaltungen der politischen Bildung die Sozialberichterstattung aufnehmen und ihr eine weite Verbreitung sichern.

Die von den Autoren benutzte bzw. berücksichtigte Literatur ist umfangreich ausgewiesen. Leider hat man sich der Mühe enthoben, die herausgebenden Verlage zu nennen, was ihre Beschaffung unnötig erschwert. Ihre Fülle ist schier erdrückend. Um hier ein systematischeres Vorgehen durch interessierte Leser zu ermöglichen, wäre es vorteilhaft, sie nicht nur alphabetisch zu gliedern, wie geschehen, sondern auch übersichtlich disziplinären Fachbereichen zuzuordnen: als soziologische, ökonomische, politologische, demographische, mathematisch-statistische, historische, allgemein sozialwissenschaftliche Literatur. Bernhard vom Brocke, Siegfried Grundmann, Parviz Khalatbari: Dass diese drei im Osten gut bekannten und theoretisch wichtigen Demographen nicht erwähnt werden, sollte dem Herausgeber Anlass sein, nach weiteren ungenutzten Quellen zu forschen.

HANSGÜNTER MEYER

Norbert Frei:
1968. Jugendrevolte und globaler Protest, dtv München 2008,
 286 Seiten (15,00 €)

Für das Jahr 1968, so zitiert Norbert Frei den amerikanischen Autoren George Katsiaficas, können »Studentenproteste« für 56 Länder nachgewiesen werden, darunter 22 in Europa. Frei, seit 2005 Professor für Zeitgeschichte in Jena, gilt als einer der profilierten linksliberalen deutschsprachigen Historiker und ist bislang vor allem für seine Publikationen zum Nationalsozialismus und dessen Wirkungen auf die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft bekannt. Mit seinem neuen Buch zum Ju-

biläumsthema »1968« hat er einen preiswerten, ausgewogenen und im positiven Sinne soliden Überblicksband vorgelegt, der sich vor allem an ein populärwissenschaftliches Publikum richtet und weniger an die wissenschaftliche Gemeinde.

Frei gliedert sein Werk nach einer Reportage zum Mai 1968 in Frankreich in fünf Kapitel: Im ersten stellt er ausführlich die Vorgeschichte von »1968« und das Ereignis selbst in den USA dar. Im zweiten erzählt er unter der Überschrift »Ein deutscher Sonderweg?« die Geschichte von »1968« in Westdeutschland, im dritten dann am Beispiel von Japan, Italien, den Niederlanden und Japan, die in weiteren Ländern des globalen Nordens. Das vierte widmet sich, etwas kurz geraten, den Ereignissen in der Tschechoslowakei, der DDR und Polen. Im letzten Kapitel fragt er nach den Folgen und Auswirkungen. Ein gegliedertes Literaturverzeichnis und ein Personenindex schließen den Band ab.

Bei den Passagen zu den USA fällt auf, wie stark die Aktivistinnen und Aktivisten damals auch davon motiviert waren, dass sie am Unterschied zwischen dem Selbstbild der USA einerseits und ihrem Rassismus nach innen und ihrem Imperialismus nach außen andererseits, nahezu verzweifelten. Frei erzählt die Geschichte vor allem rund um den amerikanischen SDS (und seine Vorläufer) und die dort prominenten Akteure. Im Dezember 1969 schließlich löst sich der SDS auf.

Nahezu unbekannt dürfte sein, dass es auch in Japan ein »1968« gegeben hat, während es in Großbritannien ein starke und traditionsreiche »new left« und eine ebenso ausgeprägte Gegenkultur gab, die freilich wie in anderen Ländern auch, kommerzialisiert war. In der Tschechoslowakei kommen die Reformimpulse anfänglich aus der Partei – und werden schnell niedergeschlagen, in Polen werden zur Zurückdrängung des Protestes munter antisemitische Klischees verwendet.

Das umfangreichste Kapitel behandelt die Bundesrepublik. Hier sei die Bedeutung des Nationalsozialismus und seiner Folgen ein Alleinstellungsmerkmal, denn schon Anfang der 1960er Jahre ist die intergenerationelle Auseinandersetzung ein Thema an Schulen und auch in der Öffentlichkeit; der undogmatische Marxismus überwintert in den Poren der ver-

staatlichten Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur. Bis zur Mitte der 1960er Jahre war nicht etwa Berlin, sondern Frankfurt/Main das intellektuelle Zentrum der Linken. Durch und mit dem SDS verlagerte sich das Geschehen nun immer mehr nach Berlin, das auch mehr in der Aufmerksamkeit der Medien steht. Wird heute immer mehr dazu übergegangen, »1968« in ein langes Jahrzehnt des Protestes *und* der Modernisierung einzuordnen, so war, dies wird bei der Lektüre deutlich, das Jahr 1967 ein unheimlich »kurzes«, da intensives, mit Versammlungen, Demonstrationen und Kongressen voll gestopftes Jahr. Im Mai 1968 werden dann in Bonn die Notstandsgesetze verabschiedet, und der Zenit der Bewegung ist überschritten. Im Frühjahr 1970 löst sich der SDS, bzw. was noch von ihm übrig war, auf, und es beginnt das, was andere Autorinnen und Autoren die Entmischung nennen: Die »Studentenbewegung« genannte Sozialrevolte transformiert sich in einen, von Jusos bis zum bewaffneten Kampf reichenden, im engeren Sinne politischen Kern. Dieser ist aber Bestandteil eines sehr weitreichenden kulturindustriellen Basins, das wiederum durchsetzt ist mit akademischen und künstlerischen Subkulturen.

Im Abschlusskapitel positioniert sich Frei gegen die Thesen von Götz Aly und auch die von Wolfgang Kraushaar, er weist darauf hin, dass »1968« gerade im globalem Maßstab auch Ungleichzeitigkeiten hatte und dass wir es hier mit einer Vielzahl von Motiven zu tun haben und nicht zuletzt damit, dass es sich bei »1968« um eine Erfindung handelt: Die Chiffre »1968« ist *auch* das »Ergebnis von Interpretation und Imagination«. Das Buch trägt seinen Untertitel »Globaler Protest und Jugendrevolte« zu Recht, denn Frei konzentriert sich auf Studierende/Jugendliche (wobei man wissen sollte, dass es 1968 nur circa 300 000 Studierende gab) als Akteure; und er gibt einen Einblick in das Phänomen von »1968« als globalem Ereignis. Es hilft dabei, den von Frei selbst konstatierten Umstand, »1968« sei »überkommentiert und untererforscht« etwas weiter abzubauen. Die »große analytische Erzählung des ›unwahrscheinlichen Jahres‹ in der Bundesrepublik«, deren Fehlen Frei ebenfalls kritisiert, steht weiterhin noch aus. Man darf gespannt sein, wer sie sich zu schreiben wagt.

BERND HÜTTNER

Stefania Maffei:
Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993, Frankfurt/M., New York 2007, 305 S. (34,90 €)

Nicht selten ist »Unbeteiligten« vorbehalten, Geschichte und politische Entwicklungen kritisch zu reflektieren. Nicht selten bringen diese Arbeiten gerade aufgrund ihrer Distanz und gleichzeitigem Interesse für ihren Gegenstand Wissenswertes zu Tage. Eine solche Arbeit ist die Studie von Stefania Maffei zur Philosophie in der DDR.

Im Zentrum der philosophiehistorischen und soziologischen Arbeit steht die Frage nach den sozialen und politischen Bedingungen der Philosophie in der DDR. Daneben steht jedoch auch die Frage nach Veränderung in Folge von 1989. Maffei geht es allerdings nicht allein um die Frage, welche Positionen die Philosophie produziert hat, sondern hauptsächlich wie in der DDR und in der Phase tief greifender politischer Umbrüche philosophiert wurde. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Verhältnis zwischen philosophischem Diskurs und seinen gesellschaftlichen Bedingungen. Entgegen gewöhnlicher Klischees die DDR-Philosophie als politische Ideologie zu bezeichnen oder ihr den Charakter als Philosophie als solcher abzusprechen, wird sie von Maffei erstmalig als Zusammenhang differenzierter Institutionen und Diskurse dargestellt.

Für die systematische Analyse rekonstruiert Maffei die Philosophie der DDR als »Feld« im Sinne Bourdieus (S. 14 ff.). Das ermöglicht es Maffei, die Philosophie nicht auf den produzierten Textkorpus zu reduzieren, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen des Philosophierens selbst in den Blick zu bekommen. Diese werden Maffei zufolge u. a. durch nichtphilosophische, d. h. vor allem politische Diskurse, Personen und deren sozialen Positionen sowie Institutionen konstituiert. Anhand einer empirischen Fallanalyse der Rezeption Friedrich Nietzsches zu DDR- und Wende-Zeiten arbeitet Maffei die historische Eigendynamik der philosophischen Praxis so-

wie die komplexen Verwicklungen und Einlassungen mit der SED-Politik heraus.

Maffeis' Untersuchung hat ihre Analyse auf ein breites und unterschiedliches empirisches Material gestützt: Philosophische Texte werden mit Archivdokumenten der philosophischen Institutionen und mündlichen Berichten von zwölf Philosophinnen und Philosophen konfrontiert. Die Interviews mit Zeitzeugen stellen dabei eine Überprüfung der aufgestellten Hypothesen dar und fließen als Deutungsmatrix oder Stellungnahmen in die Arbeit ein, die so auch den Charakter einer »kollektiven Erzählung« annimmt.

Ein erster Teil der Untersuchung stellt die Genese des philosophischen Feldes der DDR dar (S. 51 ff.). Es werden Hauptmerkmale der DDR-Philosophie herausgearbeitet, wie die Organisationsweise der Hochschule, der Akademien und der Publikationsorgane, die typischen Laufbahnen der Philosophinnen und Philosophen, die Beziehungen zwischen philosophischen und politischen Karrieren, zwischen Forschung und Lehre. Das Resultat ist ein äußerst differenziertes Bild von Institutionen, mit unterschiedlichen Forschungs- und Lehreinrichtungen mit hierarchisch angeordneten Schlüsselpositionen.

Die Geschichte des Feldes charakterisiert Maffeis als einen Kampf um Autonomie der Philosophie von politischen Instanzen (S. 91 ff.). Der Konflikt zwischen philosophischen und politischen Kräften bildete idealtypische philosophische und wissenschaftspolitische Positionen heraus. Maffeis unterscheidet Orthodoxe, Häretiker und gemäßigte Reformer. Ihre symbolischen und politischen Kämpfe prägten die zentralen philosophischen Debatten in der DDR und die Strukturen des Feldes.

Anhand von vier Etappen rekonstruiert Maffeis die Auseinandersetzungen im philosophischen Feld. Während die Institutionalisierungsphase (Ende 1940er und 1950er Jahre) durch den Konflikt zwischen den Traditionen des sowjetischen Marxismus-Leninismus, des deutschen Marxismus und der deutschen klassischen Philosophie um die Durchsetzung des »richtigen« philosophischen Selbstverständnisse charakterisiert ist, dominierte in der Reformphase der DDR-Philosophie (Ende 1950er und 1960er Jahre) der naturwissenschaftlichen Pol der Philosophie. Gleichzeitig

entfalteten sich am gesellschaftswissenschaftlichen Pol die Praxis- und Entfremdungsdebatten. Vor dem Ende der DDR kam es zu vorsichtigen Annäherungen mit westlichen Philosophien. Diese Tendenz konnte sich jedoch nicht als eine autonome Position etablieren. Die Phase der »Abwicklung« der DDR-Philosophie wird durch die Interviews und archivarische Akten aus dem Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften sowie durch Stellungnahmen einiger prominenter DDR-Philosophen rekonstruiert. Dokumentiert wird u. a. die Suche nach einem neuen philosophischen Selbstverständnis, der Verlauf der Selbstkritik und die »Evaluierung« von DDR-Philosophen sowie die Kontinuitäten und Brüche ihrer wissenschaftlichen Laufbahnen.

Im zweiten Teil des Buchs werden die Charakteristika und Entwicklungen des philosophischen Feldes anhand der Rezeptionsgeschichte Friedrich Nietzsches ausgearbeitet (S. 145 ff.). Diese scheinbar marginale Diskussion der DDR-Philosophie bekommt in der Frage nach der Beziehung zwischen Philosophie, Politik und Gegenwart eine neue Relevanz. An den verschiedenen Interpretationen, an den Kämpfen um die Publikation der Werke Nietzsches und um seine Stellung in der kulturellen Identität der DDR macht Maffeis die miteinander konkurrierenden Positionen fest. Auch wird durch das Beispiel der hermeneutischen Kontroverse um Nietzsche die Genese der »wiedervereinigten deutschen Philosophie«, ihre systematische Verdrängung der DDR-Philosophie im Namen der Wissenschaft und der Wahrheit erörtert.

Maffeis kommt zum Schluss, dass nicht nur die orthodoxe, sondern auch die heterodoxe philosophische Produktion »generell unfähig« war, »ihre eigene Gegenwart kritisch zu analysieren« (S. 222). Den Grund sieht sie darin, dass die Bedeutung von Begriffen und Argumenten meist ungeklärt waren und »rhetorisch als Sprachformeln und apodiktische Thesen« (ebenda) funktionierten. Gleichzeitig zeigten die »disziplinären Lenkungs-, Kontroll- und Unterdrückungsmaßnahmen« im philosophischen Feld genau den Effekt, den Rosa Luxemburg in ihrer Notiz zur Russischen Revolution vorhergesehen hatte: »Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu

eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.«

»Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993« stellt ein Grundlagenwerk für die Erforschung der Philosophie in der DDR dar, dem es gelingt kritisch zu sein, ohne zu denunzieren. Ähnlich wie die DDR-Philosophie ist deren westdeutsche Kritik meist nicht mehr als selbst Jargon, Selbstvergewisserung und ohne jedes Interesse für die tatsächlichen Bedingungen und Entwicklungsformen des Philosophierens in der DDR. Die Arbeit von Maffei stellt demgegenüber ein gelungenes Gegenprogramm dar.

Maffei legt mit ihrer kritischen Geschichte eine vertiefende Analyse der historischen, soziologischen und philosophischen Zusammenhänge der DDR-Philosophie vor. Die sehr gut gelungene Synthese zwischen philosophischer und soziologischer Forschung regt zudem zur allgemeinen Reflexion über die Philosophieforschung und ihre Beziehung zur Gesellschaft an. Maffei's Fragestellung und Methode wäre es allemal wert, einmal auf die real existierende BRD-Philosophie angewendet zu werden. Die in der vorliegenden Arbeit herausgearbeitete Erkenntnis, dass die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht nur gelegentlich in die Wahrheitsproduktion der Philosophie eingreifen, sondern deren Möglichkeitsbedingungen ausmachen, fordert auch die gegenwärtige Philosophieforschung heraus. Diese wird gezwungen sein, die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, Zirkulation und Rezeption von Texten nicht mehr als der Philosophie äußerliche Momente, sondern als konstitutiv für das philosophische Denken zu betrachten.

INGO STÜTZLE

Rolf Haubl, Volker Caysa:
Hass und Gewaltbereitschaft.
Philosophie und Psychologie
im Gespräch, Vandenhoeck
& Ruprecht. Göttingen 2007,
140 S. (24,90 €)

Dieses Buch ist sowohl eine aus psychologischer und philosophischer Sichtweise amoralische Annäherung an das Problem des Existenzials, an die Stimmung Hass wie auch ein transdisziplinäres Gespräch der Autoren über ein sonst in der Öffentlichkeit mehr moralisch denn analytisch diskutiertes und stark vorurteilsbeladenes Gefühl, den Hass.

Rolf Haubl geht in seinen Ausführungen über den Hass von einer zivilisationstheoretischen Vorannahme aus, nämlich dass Selbsterhaltung per se der höchste Wert der Kultur sei (Vgl. S. 114). Im Unterschied dazu verfolgt Volker Caysa den Ansatz, dass der Wille zur Macht und damit der Wille zum Leben nicht nur auf Selbsterhaltung, sondern immer schon auf Selbststeigerung ziele. »Es gibt keine Selbsterhaltung ohne Selbststeigerung, wie es keine Reproduktion ohne erweiterte Reproduktion gibt und wie es keinen Machterhalt ohne Machtsteigerung gibt. Auch insofern gibt es keine Macht ohne den Willen zu mehr Macht« (S. 114). Dieses Mehr-Wollen von Machtintensität ist dem von Nietzsche gezeichneten Übermenschen als stetig über sich selbst hinaus Schaffendem wesentlich zu eigen. Der Selbststeigerung ist aber immer auch ein Moment der Selbstzerstörung eigen, was eine grundlegende Form der Selbstbestimmung, eine konsequente Einübung in den Umgang mit der Selbstmacht erfordert. Eine weiterführende Frage wäre demnach, welche Rolle die Gelassenheit und die Askese in dem Modell des Mehr-Wollens spielt. Kann durch Selbststeigerung Gelassenheit erzeugt werden?

Sowohl Rolf Haubl als auch Volker Caysa diskutieren den Begriff des Hasses intra- und interpersonell, wobei sich Haubl eher einem grundlegend sozialen Kontext widmet und Caysa zunächst das intrapersonell-barbarisch-dionysische, den ekstatischen Zustand der Hingabe an die Kontrolllosigkeit, die Tierheit im Menschen thematisiert. In Rolf Haubls An-

satz zur Problematisierung des Hasses dominiert daher die Soziokulturalität bzw. Sozialpsychologie, was z. B. in Bezug auf den Begriff der Relativierung des Hasses, des relativen Hasses, der in beiden Aufsätzen eine nicht unwesentliche Rolle spielt, zu Differenzen bzw. inhaltlichen Gewichtungsversionen von intra- und interpersoneller Herangehensweise an die Thematik kommt.

Bei Haubl ist die Relativierung des Hasses mit dem interpersonellen Toleranzbegriff und der interpersonellen Anerkennung anderer Gruppierungen als der je eigenen verbunden.

Der Begriff des relativen Hasses ist bei Caysa einerseits als die Form des niedrigstufigen Hassens zu verstehen, mit dem der Einzelne inter- und intrapersonell alltäglich zu kämpfen hat. Andererseits muss der relative Hass nicht zu einem absolut entgrenzten interpersonellen Hass werden, wenn es dem Einzelnen gelingt, ein intrapersonelles reflektiertes Selbstverhältnis zu ihm einzugehen, wenn er eine stilisierte Leidenschaft, ein nüchternes Kalkül, wenn er stilisierter Hass wird.

Volker Caysa diskutiert in seinem Essay »Der Hass – eine große Stimmung« den Hass-Begriff existenzialphilosophisch neu, indem er ihn in seiner Radikalität und das heißt wirklich jenseits von Gut und Böse selbst an der Wurzel packt, indem er ihn im Lichte bzw. im »innervorzivilisatorischen« Noch-nicht-Licht der »empraktische(n) Grundsicht all unserer Praxis, (auf dem) dionysischen Grund unserer Zivilisation« problematisiert (S. 119).

So wird der Hass von Volker Caysa nicht nur als lebenszerstörender Affekt, sondern auch als lebensbedingendes Gefühl diskutiert, als Stimmung, die das Leben über-sich-selbst-hinaus-schafft. »Der Hass ist eine Kraft, die aus dem Menschen einen Übermenschen, einen Menschen macht, der den jetzigen transzendiert. Diesem Übermenschen ist der Mut eigen, das ›Böse‹, Negative absichtlich tun zu wollen, weil es getan werden muss, weil es ein Heilgift ist« (S. 105). Damit wird das Heilende der menschlichen Existenz und damit auch das Heilige der Natur, die er selbst ist, des Leibes, in einen existenzialphilosophisch-notwendigen Zusammenhang gebracht. Das Heilige als das eigentlich Heilende als »Grosse Gesundheit« des Leibes, das als »das Böse«, das »das Gute« sein kann, ja das eigentlich

immer beides zugleich ist, basiert auf der Fähigkeit des Einzelnen ehrlich, asketisch mit seinen Affekten und Leidenschaften, seinen Stimmungen umzugehen und sie auf dem Grunde dieses offenen Umgangs instrumentell-funktional auf ein bestimmtes Ziel hin zu benutzen. Damit werden die ethischen Karten von Caysa neu gemischt. Die Ethik findet in der Existenz des Einzelnen einen neuen leiblich-empraktischen Anfang und drückt sich in einem Ethos als selbstbestimmter Haltung je individuell aus, dessen Maßstab die Würde des Einzelnen ist.

Der Hass als eine große Stimmung, als ein Existenzial ist Caysa im Anschluss an Nietzsche und Heidegger eine Daseinsbestimmung des Menschen, die er als *conditio humana* nicht einfach verdrängen kann, sondern lebenspraktisch mit ihm umzugehen lernen sollte. Damit nimmt Caysa eine Umwertung, eine positive Umkehrung des Hass-Begriffes vor, im Sinne der Möglichkeit eines individuell-existenzial selbstbewussten, strategischen Hassens, das auf dem Willen zur Macht des Einzelnen über sich selbst beruht. »Der Wille zur Macht meint (...) nicht bloß das Verfügen über Möglichkeiten, sondern das dem sich verwirklichenden Möglichen innerliche Streben, das sich seiner nicht bewusst sein muss, sich in seinen wirklichen Möglichkeiten selbst zu transzendieren auf eine Möglichkeit hin, die noch nicht oder nicht mehr ist. Dieses den Stimmungen innere Streben nach Selbststeigerung bewegt sich selbst im Spannungsfeld von Lust und Unlust, von Unbewusstem und Bewusstem, von Affektivität und Leidenschaft, von Eros und Thanatos, was dazu führen kann, dass dieses innere Streben nach Selbstermächtigung von bisher nicht Möglichem, von anscheinend Unmöglichem im Feld des Möglichen, sich gegen die Selbsterhaltung richtet und ein Sein zum Tode wird« (S. 113). Vorausgesetzt wird ein Verständnis für die Situation des Feindes. Der Umgang mit ihm ist ein Teil der ästhetischen Gestaltung des strategisch hassenden Individuums. Indem der Hass positiv und als produktive Stimmung diskutiert wird, nimmt Caysa eine kulturalistische Reformulierung des Hass-Begriffes am Maßstab der Würde des Menschen vor. Dies geschieht in der Beschreibung der Möglichkeit, sich vom Hass durch gekonntes Hassen, d. h.

einen selbstbewussten Umgang mit ihm, zu befreien: durch befreienden Hass, der im Marx'schen Geiste dafür kämpft, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« (Karl Marx. Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1981, S. 385)

Der Neuigkeitswert dieser kulturphilosophischen Überlegungen über den Hass besteht in der Einsicht, dass im Anschluss an Spinozas und Nietzsches Gedanken, ein Affekt nur durch einen stärkeren anderen überwunden werden könne, bei den »Superaffekten« Hass und Liebe aufgrund ihrer unübertreffbaren Größe und Intensität so nicht mehr funktionieren kann. Hass und Liebe sind zwar partiell beherrschbar, aber nicht durch einen anderen, noch stärkeren Affekt zu überwinden, weil sie selbst die stärksten Affekte sind. Beherrschbar werden sie durch das »Prinzip Selbstregieung«, d.h. durch die Intellektualisierung und Rationalisierung, durch eine kontinuierliche Arbeit des Einzelnen an sich Selbst, durch Askese. In dieser Selbstzüchtung, in dieser Zählung ist der einzige Weg eines vernünftigen Umgangs mit ihnen zu finden. Nach Volker Caysa kann diese Anerkennung eines Größeren als wir selbst sind nur anhand eines säkularen Maßstabes funktionieren: und zwar am Maßstab der Würde des Menschen. Das bedeutet, dass Liebe und Hass dort ihre Grenzen finden, »wo Menschen versklavt und zum bloßen Rohstoff einer wie auch immer gearteten Bioindustrie werden« (S. 127).

Dabei korrigiert Caysa Kant und Nietzsche durch seine Orientierung am Würdebegriff des Menschen und der dionysischen Macht des Hasses. Der Hass wird als »vitalisierend, erotisierend, euphorisierend« verstanden, womit der Gedanke zusammenhängt, dass »auch die Möglichkeit der Selbstschädigung per Selbsttötung vom Hass nicht abzubringen vermag: weil es eine Form des Erlebens von Selbstmacht im Hassleben gibt, die nicht zu steigern ist – die Möglichkeit der Ekstase, die eben nicht nur als enthemmte Dionysierung auftritt, sondern bei den aus Kalkül Hassenden mit inszenierter Apollinik verbunden ist« (S. 113). Der aus Kalkül Hassende muss sich vom affektiven Hass frei machen, er muss ihn

übersteigen, was nur mit einer Rationalisierung desselben gelingen kann, nicht aber im Zustand des unmittelbaren Hassens selbst. Der Hass ist also mit einer selbstästhetisierenden Apollinik, manchmal mit selbstkünstlerischer Dionyso-Apollinik verbunden. Wider die Verlogenheit propagierten christlichen Ressentiments als Liebe, die sich historisch allzu oft als Hasstirade erwiesen hat, nur subtiler und unter Vortäuschung falscher Gegebenheiten, geht es Caysa um eine Wiederumkehrung der Werte, um eine Umkehrung der Verkehrung ethischer Werte, eine Umkehrung der Verkehrung der Werte, die Resultat der christlichen Moralpolitik sind.

In diesem Kontext nannte Nietzsche die Priester die »ganz grossen Hasser der Weltgeschichte« und gleichzeitig die »geistreichsten Hasser«. Als derartige Priesterfigur aber muss man nicht notwendig in der Kirche auf der Kanzel stehen. Priesterlich haben sich auch Politiker, Intellektuelle und Journalisten nach der intellektuellen Kolonialisierung eines Universitätsbetriebes durch einen anderen in Deutschland nach 1989 aufgeführt. Als die großen Richter und Rächer haben sie schamlos bestimmt, wer in die Opfer- und wer in die Täterrolle zu schlüpfen hat – bis heute. Hat man das erfahren, kann wohl sich mehr und mehr bewusst werdendes Hassens, das vom Affekt zur Leidenschaft wird, zu einer notwendigen Freiheitspraktik werden, denn »wer lebt, kämpft um seine Würde, sonst hat er kein Anrecht auf Würde und Leben. Darum muss man unter Umständen hassen, gerade weil man lieben will« (S. 121).

Gerade der in diesem Buch abgedruckte Briefwechsel ist von Seiten Volker Caysas als ein offener und ehrlicher Existenzialbericht über eine gelebte Zeit, über erfahrenen, mindestens affektiven Hass und den notwendigen Umgang mit ihm, gerade um seine Liebe nicht zu verlieren, zu verstehen. Es geht um eine Zeit der staatsöffentlichen Vergeltung, eine Zeit in der der Einzelne in seiner gelebten Existenz, in seinem je individuellen Schicksal nicht nur pauschalisierend übergangen, sondern öffentlich verurteilt und akademisch hingewiesen wurde. Im Namen des Ressentiments setzte man ein Gewaltrecht der Gutmenschen willkürlich im Prozess der DDR ein. Maßstab einer »guten« Gesellschaft ist Caysa die Ga-

rantie der Wahrung der Würde des Menschen, die je individuell ist und in seinem Wert-sein je eigen bewertet werden muss. Dieses Wert-sein aber erlangt das Individuum durch die Arbeit an sich selbst und durch sich selbst, als Voraussetzung gerechtfertigter Anerkennung seiner Selbst als Person. Man kann erst lieben, sowohl erotisch-romantisch als auch in sozialen Zusammenhängen, wenn man die Chance auf Selbstmacht, auf Würde und so auf ein eigenes Leben bekommt, wenn man dem Anderen wie auch von den Anderen, die an der Herrschaft sind, dazu gelassen wird. Gelassenheit und damit die Fähigkeit selbstbewusst zu lieben, hat zur Voraussetzung, auch (von den Anderen) gelassen zu werden und zwar nicht im gleichgültigen Sinne, sondern im Sinne von Anerkennung. Wer nicht die grundlegende Möglichkeit eines bejahenswerten Lebens bekommt, kann auch andere nicht lieben, denn er kann sich selbst nicht lieben. Selbstliebe als Wille zur Selbstermächtigung aber ist die Voraussetzung dafür, auch andere lieben zu können und ein erfülltes, bejahenswertes und das heißt: schönes Leben leben zu können. Deshalb ist es nötig, mit seinem je eigenen Hass umzugehen, um nicht trotz seines In-der-Welt-seins leblos zu sein, um sinnvoll leben zu können, um wahrhaft lieben zu können. Es gilt also per Hass die eigene Ehre wieder herzustellen, per Hassstrategien, welche Stilisierungen der Selbstmacht in Form von Selbstherrschaftstechniken sind. Das erst ermöglicht dem Einzelnen einen ihm als Person ebenbürtigen aufrechten Gang. Der aufrechte Gang ermöglicht ihm Würde und ist Bedingung der Möglichkeit im vollen Ausmaß der werden zu können, der man ist.

Zu werden, der man ist, ist schon von Nietzsche gefordert worden, der in der Intensität verschiedener Rauscherlebnisse und leiblicher Widerfahrnisse z. B. in Form von verschiedensten Schmerzen wohl die Radikalität seines Denkens erlangte, der fordert, am »Leitfaden des Leibes« zu philosophieren, weil er dem Einzelnen die Existenzialität seiner Gedanken spürbar werden lassen will. Er thematisiert damit die Sehnsucht nach etwas Absolutem, das sich höchstens in der Vollkommenheit einzelner Momente voll entfaltet, aber eben auch in der Dauer des nicht

vollkommenen Momentes anwesend ist. Liebe und Hass wohnen dieser Sehnsucht zutiefst inne. »Liebe und Hass verkörpern beide eine Sehnsucht nach dem Absoluten. Das Diabolische von Liebe und Hass liegt in dem Streben, das Absolute, das Unerreichbare doch erreichen zu wollen. Die Welt, die daran hindert, mag dann nur als Niedertracht und vernichtenswert erscheinen« (S. 99 f.). Der Hass enthält wie die Liebe ein transzendierendes Moment, aus dem das gefestigte, gesteigerte, selbstbewusstere Gegenteil entstehen kann. Vielleicht liegen grundlegende Motive des Hassens in der Suche nach Anerkennung. Sie lässt uns hassen und lieben, kämpfen und einander bekriegen.

Mit dem Hass ist also eine große Sehnsucht verbunden, die Sehnsucht nicht nur nach einer Selbstvereinigung, einem vollkommenen Zufriedensein mit sich im Erleben des Selbst als Funktionierendes, als Jugend und Stärke – Selbstliebe zielt auf die totale Vereinigung mit sich selbst, Aufhebung jedes intrapersonellen Dissenses (Vgl. S. 105), es ist auch die interpersonelle »Selbstbestätigung im Kampf um Leben und Tod«, die man von den Anderen, von einer Gesellschaft beispielsweise erwartet, um sich in seiner Würde nicht angegriffen zu fühlen, die doch der Maßstab von lebenswertem Leben überhaupt ist.

Die Würde des Menschen aber bewegt sich im Spannungsfeld der äußersten Leidenschaften. Haubl verdeutlicht das am Beispiel von Goethes »Wahlverwandtschaften«, in der ein kleines Mädchen aus einem tiefen Gefühl der Abneigung, des Hasses einem benachbarten Jungen gegenüber die gegenteilige Leidenschaft entwickelt: erotisches Begehren, das sie ihr Leben lang begleitet und in dem dieser Junge immer Objekt desselben bleibt. Bei Goethe werden beide, wie von einem »unbewussten Wegweiser« getrieben notwendig ein Paar, »weil die wahre Liebe zusammenbringt, was zusammengehört, auch wenn es Zeit braucht, um schicksalhafte Bestimmungen zu erkennen« (S. 124). Dieser »unbewusste Wegweiser« ist bei Goethe, worin ihm Haubl nicht folgt, die Große Sehnsucht, die sich im Einzelnen bei Leibe als richtungsweisende eigene Natur ausdrückt und die in der Vereinigung der schicksalhaft Zusammengetriebenen ihre Erfüllung und – im Anschluss an Goethe

gedacht – vielleicht ein erweitertes Gründungsmoment der Würde des Einzelnen ist.

KONSTANZE SCHWARZWALD

Rainer Funk:

Erich Fromms kleine Lebensschule, Herder Spektrum Freiburg 2007, 192 S. (8,90 €)

»Jede direkte Begegnung hat eine die Empathie stärkende Wirkung.« Und diese Empathie zu stärken ist ein wesentlicher Kern der Lebensschule Fromms. Das »produktive Ich« soll hier gestärkt werden durch das Ansprechen von Konflikten, durch gezieltes Alleinsein, durch unmittelbare Bezogenheit auf andere Menschen. Das »starke Ich« kann die eigene Wirklichkeit und die uns umgebende klar unterscheiden. Es trennt, anders als das »unproduktive Ich«, die Vorstellungswelt von der konkreten Wirklichkeit. Rainer Funk, der in diesem Buch von den direkten Begegnungen mit seinem Lehrer Erich Fromm ausgeht, die seinen eigenen Blick für die menschliche Wirklichkeit verstärken, hält, wie bereits in seinem Buch »Ich und Wir-Psychoanalyse des postmodernen Menschen«, den Ich-Orientierten, wie den Marketing-Orientierten, die in unserer Gesellschaft die Norm sind, nicht nur einen Spiegel vor, sondern er vermittelt seinen Lesern, dass er sich selbst vor diesem Spiegel sieht, aber täglich daran arbeitet, nicht der gesellschaftlichen Charakterorientierung auf den Leim zu kriechen, die von uns verlangt, unsere produktiven Fähigkeiten zugunsten eines abstrakten Marktes und eines brutalen Konkurrenzkampfes aufzugeben. Das Buch ist ein Plädoyer für das »produktive Ich«, das die Fähigkeit beherrscht, sich selbst zum Objekt der Erkenntnis machen zu können und das nicht im eitlen Wettkampf des Marktes Fehler gern bei anderen geißelt, aber sich selbst sentimental verherrlicht. Produktive Vernunft nennt der Autor diese Fähigkeit. Diese Vernunft ermöglicht den Blick auf die Totalität des gesellschaftlichen Seins. Wo sind hier die prägenden Kategorien dieses Seins?, kann diese Vernunft fragen. »Wer einen Aspekt des Objekts isoliert und nur diesen erkennen

möchte,« schreibt Funk, »ohne das Ganze noch im Auge zu behalten, wird nicht einmal diesen einen Aspekt richtig verstehen«. Die 68er Generation, so der Autor, traute sich noch, an dem Ganzen, an der Gesellschaft, zu leiden und wollte sie deshalb verändern. Dies »ist in einer Gesellschaft, die vor allem positiv denken und fühlen will und erlebnishungrig ist, nicht erwünscht.« Funk kritisiert den Neopositivismus, der heute in fast allen Wissenschaftsbetrieben und Medien die Herrschaft übernommen hat. Das verdient in dem eher auf Marketing und Ich-Orientierung angelegten Psychologiebetrieb besondere Anerkennung. Funk vertritt eine Psychologie der Rebellion.

Die Lebensschule Fromms blickt *anders* als Marx in das Ganze des gesellschaftlichen Seins. Fromm und mit ihm Funk wollen nicht das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft analysieren, sondern zeigen, wie dieses Fundament jeden von uns prägt. Wie können wir, trotz kapitalistischer objektiver Gesetze, in die wir als Verkäufer oder Käufer der Ware Arbeitskraft, als Schüler, Student, Rentner oder Hausfrau eingebunden sind, trotz dieser Entfremdungen von echter menschlicher Bezogenheit, dennoch unser Ich stärken? Das sind die Fragen der Lebensschule Fromms, die kein kritischer Mensch mit dem Hinweis auf Fromms buddhistische Neigungen verdrängen sollte. Zur Stärkung des Ichs könne die Selbstanalyse beitragen, so Funk. Aber auch die Traumdeutung sei wichtig, versteckt sich doch in jedem Traum, wie in der freien Assoziation, der Fehlleistung und Übertragung, eine persönliche Botschaft die es ganz ohne Schönfärberei zu entschlüsseln gilt. Wer sich nur, sei es noch so kritisch, mit der ihm äußeren Welt beschäftigt, wird ohne Selbstanalyse leicht zu einem Spielball fremder Mächte und eigener unproduktiver Ich-Orientierungen, die sich als Eitelkeiten, Rechthabereien hinter klugen oder revolutionären Thesen nur gar zu leicht verstecken können. In diesem Sinne betrachte ich Rainer Funks Buch als ein wichtiges Warnsignal für alle kritischen Geister, die sein Buch lesen sollten, um auch mit sich selbst kritischer sein zu können. Sicher deuten die Hinweise Funks, »dem menschlichen Gelingen den Vorrang vor dem gesellschaftlichen Gelingen zu geben«, auf eine Problematik

Fromms Lebensschule hin, gibt es das gesellschaftliche Sein doch nur durch den Menschen als Subjekt. Ein Subjekt kann es also ohne gesellschaftliches Sein nicht geben. Die Dialektik dieser Einheit der Widersprüche geraten bei dem Autor in eine leichte Schiefelage. Dennoch ist sein Blick und Hinweis auf die Entwicklung der produktiven Ich-Orientierung an Wichtigkeit nicht zu unterschätzen. Deshalb, dies ist sicher ganz im Sinne Funks, der vom starken Ich Kritikfähigkeit fordert, ist es wichtig, auf Gedanken aufmerksam zu machen, die mir problematisch erscheinen. Wenn Funk von »existenziellen Bedürfnissen« des Menschen spricht, denen er sowohl die »körperlichen«, wie die »psychischen« zuordnet, verkennt er, dass Essen, Trinken, Sexualität natürliche Bedürfnisse sind, ohne deren Befriedigung es keine menschlichen oder gesellschaftlichen Bedürfnisse geben kann. Der Mensch müsse sich seiner Sinnfrage stellen, »in dem er sich einen religiösen, spirituellen oder weltbildhaften Orientierungsrahmen schafft«, dies sei ebenfalls ein »existenzielles Bedürfnis«. Im Unterschied zu den existenziellen Bedürfnissen, die der Mensch mit dem Tier gemeinsam hat, sind die eigentlichen menschlichen Bedürfnisse aber dadurch charakterisiert, dass in den Wünschen oder Intentionen natürliche Antriebe keine unmittelbare Rolle spielen. Erholung, kulturelle Betätigung, Spielen der Erwachsenen, Vermittlung, Freundschaft, Liebe, Selbstverwirklichung in Objektivierungen und moralische Aktivitäten sind solch typisch menschlichen, aber eben keine existenziellen Bedürfnisse. Während in Gesellschaften, für die noch das Standesrecht galt, die menschlichen Bedürfnisse klar nach Klasse und Stand vorgegeben waren, ist dies im Kapitalismus nicht mehr der Fall. Hier kann, jedenfalls formal, jeder Mensch jedes Bedürfnis nach Lust und Laune befriedigen. Damit einher geht allerdings die Entfremdung dieser menschlichen Bedürfnisse, die sich nicht mehr an qualitativen Bedürfnissen, wie Liebe oder Freundschaft, orientieren, sondern an quantitativen, wie Geld, Karriere, Macht und Besitz. Mit Entfaltung des Kapitalismus und der Beschränkung der Arbeiterbewegung auf den Kampf zur Befriedigung ihrer bloß existenziellen Bedürfnisse, hat die Entfremdung der menschlichen Bedürfnisse drastisch

zugenommen und immer mehr Schichten der Gesellschaft in ihren Sog gezogen. Nichtentfremdete Bedürfnisse sind qualitative, nicht auf Akkumulation von Dingen, Erlebnissen, Reisen angelegte. Sie können erst in einer Gesellschaft zur prägenden Kategorie des Alltags werden, die den Menschen nicht mehr zu einer Ware verdinglicht und gegen andere als Konkurrenzware setzt. Diese Differenzierung der Bedürfnisse ist wichtig, wenn die produktive Ich-Stärke, wie sie Fromm und Funk anstreben, gelingen soll. Die »zwei Seelen in einer Brust«, von denen Rainer Funk spricht, wo die eine »will, was den Menschen gelingen lässt, und eine, was die Gesellschaft und ihn als gesellschaftliches Wesen gelingen lässt«, gibt es nicht als wählbare Alternative. Wir können uns nicht entscheiden, ob wir gesellschaftlich orientierte Charaktere oder produktive Ich-Typen werden wollen. Wir sind als gesellschaftliche Wesen stets in der Einheit dieses Widerspruchs. Also müssen wir gegen die Entfremdungen aktiv agieren, die unser gesellschaftliches Leben auf existenzielle Bedürfnisse reduzieren wollen, um uns zu unproduktiven, marketingorientierten Ich-Idioten zu degradieren, die den kapitalistischen Marktgesetzen treu und brav folgen, wie die Schafe zur Schlachtbank. Natürlich lassen sich die existenziellen Bedürfnisse nicht mechanisch von den nichtentfremdeten isolieren. So ist das Verhältnis der Frau zum Mann ein existenzielles, also natürliches Bedürfnis, auf dem allerdings ein menschliches gedeihen kann, das als solches sowohl ein entfremdetes, wie ein nichtentfremdetes sein kann. Nichtentfremdet ist es dann, wenn qualitative und nicht quantitative Bedürfnisse dominieren. Wenn der Andere als Mensch zu einem Bedürfnis wird. »Nur wer sich traut zärtlich zu sein«, schreibt Funk ganz in diesem Sinne, »und eine absichtslose Nähe zu praktizieren ist zärtlich, das heißt, für den wird Zärtlichkeit zu seiner Eigenschaft oder Eigentümlichkeit.« Das gelingt in dieser Gesellschaft nur, wenn gegen den Mainstream der quantitativen Bedürfnisse, Fromm sprach von »Habens-Orientierung«, geschwommen wird. Mann und Frau!

Der Autor schreibt mit seinem Hinweis, dass die Gesellschaft bestimme, welche Gedanken und Gefühle ins Bewusstsein des Einzelnen gelangen dürfen, jenen ins Stamm-

buch, die stets mit schärferen Gesetzen drohen, um Gewalttaten zu verhindern, statt die alltägliche Gewalttat der kapitalistischen Ökonomie als Ursache zu erkennen. »Fühlt der Mensch nur noch seine ›Ohn-Macht‹, irgendetwas bewirken zu können, dann liegt der Ausweg nahe, das Leben selbst vereiteln zu wollen, indem man sich und/oder andere zerstört.« Hoffen wir auf viele produktive Ich-Starke, deren menschliches Bedürfnis es ist, die Entfremdungen der Gesellschaft, aber auch deren Narben und Wunden im eigenen Selbst interpretieren und menschlich verändern zu wollen!

JÜRGEN MEIER

Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Erhart Neubert, Peter Steinbach, Stefan Troebst, Manfred Wilke (Hrsg.):
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, Aufbau-Verlag Berlin 2008, 500 S. (38 €)

Dieses Jahr vollendet Hermann Weber, der Nestor der historischen Kommunismusforschung, sein 80. Lebensjahr. Seit fast fünf Jahrzehnten erforscht er sowohl die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegungen als auch der sich sozialistisch nennenden Staaten. Weber war Inhaber des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und leitete dort den Forschungsschwerpunkt DDR-Geschichte. Mit seiner Emeritierung im Jahr 1993 begründete er das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Dieses wurde, so die nicht übertriebene Selbsteinschätzung der Herausgeber, »zu dem wichtigsten deutschsprachigen Forum einer international und interdisziplinär ausgerichteten Forschung über die Geschichte der kommunistischen Bewegungen, Parteien und Regime im 20. Jahrhundert« (S. IX). Die nunmehr 15. Ausgabe des Jahrbuches ist seinem Gründungsvater gewidmet, der im vergangenen

Jahr sein Ausscheiden aus dem Herausgeberkreis erklärt hat.

Mit 31 Beiträgen (und zwei Dokumentationen) fällt das Jahrbuch noch vielfältiger aus als vergangene Ausgaben. Insgesamt 35 Historiker aus dem In- und Ausland greifen die Themen auf, denen Weber sich während seiner langen Forscherkarriere gewidmet hat. Dementsprechend bilden Studien zur kommunistischen Bewegung und Komintern vor dem Zweiten Weltkrieg einen Schwerpunkt. Wladislaw Hedeler und Alexander Vatlin werfen hier beispielsweise einen Blick zurück auf den bis heute wenig erforschten Gründungskongress der Kommunistischen Internationale (1919). Besonders spannend ist der Beitrag von Jean-Francois Fayet, der sich mit einem von der klassischen historischen Kommunismusforschung weniger beleuchteten Thema befasst: der Sprachfrage innerhalb der Komintern. Fayet beschreibt die Bemühungen, der internationalen Bewegung durch die Einführung von Esperanto (bzw. dem verwandten Ido) auch eine internationale Sprache zu geben. Die Idee konnte sich letztendlich nicht durchsetzen – später blockierte die Komintern-Exekutive sogar aktiv die Arbeit der Esperantisten. Dennoch zeigt dieser Beitrag, welch interessante Debatten in der Frühzeit der Internationale geführt worden sind.

Fünf weitere Artikel, etwa zur Stellung der ausländischen Kommunisten zur Sowjetunion (Jerzy Holzer), der Verfolgung der Wiener Kommunisten durch die staatlichen Behörden in den Jahren 1918-21 (Verena Moritz und Hannes Leidiger) oder der Zusammenarbeit des Spartakusbundes mit linksbürgerlich Pazifisten im Ersten Weltkrieg (Ottokar Luban), runden den Schwerpunkt zur Geschichte der kommunistischen Bewegung ab.

Einen großen Teil in Webers Schaffen nimmt die DDR-Forschung ein, wie auch Jens Hüttmann in seinem Artikel über die Einordnung Webers in der bundesdeutschen DDR-Historiographie seit den 1950er Jahren unterstreicht. Verschiedene Autoren untersuchen daher im vorliegenden Jahrbuch unterschiedliche Aspekte auch dieses Teilbereichs der Kommunismusforschung. So erinnert beispielsweise Wilfriede Otto an einen in der DDR geplanten, aber niemals stattgefundenen Schauprozess, Ulrich Mählert stellt den Machtkampf im SED-

Politbüro um die Jahreswende 1951/52 dar, und Siegfried Suckhut beschreibt in einem teilweise amüsant zu lesenden Aufsatz die Schwierigkeiten, die die beiden DDR-Besuche Willy Brandts (1970 und 1985) dem Ministerium für Staatssicherheit bereiteten. Bernd Bonwetsch befasst sich in einem kurzen Aufsatz mit einem der »umstrittensten deutschlandpolitischen Themen der letzten fünfzig Jahre« (S. 109): der Stalin-Note von 1952, jenem Angebot Stalins an die Westmächte, Verhandlungen über die Wiedervereinigung und Neutralität Deutschlands zu führen.

Ein anderer Aspekt der Weberschen »Lebensthemen« wird von jenen acht Autoren aufgegriffen, die verschiedene biographische Skizzen zum Jahrbuch beisteuern. So zeichnet unter anderem Mike Schmeitzner den Werdegang Curt Geysers, einem der bekanntesten und heute nahezu vergessenen linken Journalisten und Autoren der Weimarer Republik, nach. Gabor Székely untersucht das Schicksal der drei ungarischen Kommunisten Béla Kun, Georg Lukács und Imre Nagy während der großen Säuberungen in der Sowjetunion. Andreas Herbst geht dem Lebensweg einiger Lehrgangsteilnehmer der Militärschule des geheimen Nachrichtenapparats der Kommunistischen Internationale nach.

Hermann Weber hat nicht nur einen wissenschaftlichen Bezug zur Geschichte des Kommunismus. Vielmehr ist sie Teil seiner eigenen Biographie. So war Webers Vater aktiver Kommunist und zeitweise unter den Nazis als Widerstandskämpfer inhaftiert. Weber selbst schloss sich 1945 der KPD an. 1954 wandte er sich schließlich von der stalinisierten Partei ab. Aus diesem Grund wurde er gerade in der DDR von vielen als »Renegat« beschimpft, seine wissenschaftlichen Arbeiten nicht ernst genommen. Dabei war und ist es Weber, der – auch in Zeiten des Kalten Krieges – die progressiven und demokratischen Wurzeln der kommunistischen Bewegung immer wieder betont hat.

In seinen Forschungen unterschied er zwischen einer diskussionsfreudigen, demokratischen KPD der frühen 1920er Jahre und der entdemokratisierten, vom Apparat bürokratisch gesteuerten und von der Komintern und damit der Führung der KPdSU gänzlich abhängigen KPD der späten Weimarer Republik.

In den letzten Jahren ist diese Wandlungsthese jedoch vermehrt in Frage gestellt worden. Die Debatte hierzu zeichnet Kevin McDermott in seinem Beitrag nach. Anschließend unterzieht er Webers Theorie selber einer kritischen Betrachtung und kommt zu folgendem Ergebnis: »Sie ist weiterhin das bestimmende Konzept für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der KPD und der Komintern in den 1920er und 1930er-Jahren« (S. 206).

Naturgemäß bietet das Jahrbuch ein vielfältiges Spektrum von Themen, inhaltlichen Konzeptionen und Positionen. Schade ist jedoch, dass eine ressentimentgeladene Aussage von Werner Müller den Weg in den Band gefunden hat. In seinem Artikel über Kontinuität und Wandel im deutschen Kommunismus bezieht er sich auch kurz auf die PDS. Er bescheinigt ihr zwar »keine orthodox-kommunistische Partei mehr« zu sein, aber zugleich behauptet er – auf eine wenig überzeugende Argumentation gestützt – sie sei »eben auch keine demokratische Partei« (S. 273). Was man auch von dieser Formation gehalten haben mag, dieser Vorwurf gehört in dieser Form nicht in eine ernsthafte wissenschaftliche Publikation. Ganz nebenbei scheint Müller entgangen zu sein, dass die PDS nicht mehr existiert. Ansonsten würde er kaum im Präsens über sie schreiben.

Von dieser Marginalie abgesehen ist den Herausgebern wieder einmal ein vielfältiges, mitunter spannend zu lesendes, die Forschungslandschaft bereicherndes Jahrbuch gelungen. Ein Aspekt ist besonders hervorzuheben. Hermann Weber hat vergangenes Jahr im Rahmen eines internationalen Forschungskolloquiums (dessen Protokoll auch im Jahrbuch dokumentiert ist) erklärt: »Es bleibt (...) notwendig, kommunistische Bewegungen, ihre Entwicklung als radikal-sozialistische Strömung, wieder stärker zu untersuchen« (S. 376). Dem sind die Herausgeber mit der Auswahl einiger Beiträge erfreulicherweise nachgekommen. Es bleibt zu hoffen, dass sie es auch in den kommenden Jahrbüchern so beibehalten werden.

MARCEL BOIS